

# 1 Ressourcen umverteilen – Ökologische und soziale Frage 2 gemeinsam solidarisch lösen

3

4 **Das Netzwerk Progressive Linke beschließt folgendes Positionspapier und wird**  
5 **es mit konkreten Projekten weiter untersetzen.**

6

7 Die Folgen der Klimaveränderungen sind täglich spürbar. Strukturelle Veränderungen  
8 sowie Umstellungen in der eigenen Lebensweise sind notwendig. Beides ist den Meis-  
9 ten bewusst, stößt bei einigen aber auch auf Widerstand. Dazu zählen vor allem die  
10 Profiteur\*innen des Kapitalismus, die weiter an Gewohntem festhalten wollen. Einige  
11 davon sind zwar zu Veränderungen bereit und wollen einen sogenannten grünen Ka-  
12 pitalismus, aber ohne eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, was und  
13 wie wir produzieren, verschleiern wir die Probleme nur oder schieben sie auf.

14 Nicht nur die Menschen im globalen Süden, auch die Menschen mit wenig Geld im  
15 globalen Norden sind bereits jetzt besonders von der Klimakatastrophe betroffen. Sie  
16 leben in schlecht gedämmten Wohnungen, müssen während Hitzeperioden im Freien  
17 arbeiten, werden als Mieter\*innen mit steigenden Heizpreisen belastet und von Lu-  
18 xussanierungen sowie steigenden Mieten bedrängt. Sie sind bereits jetzt von hoher  
19 Krankheitslast betroffen, die Klimakatastrophe verstärkt dies noch. Die Corona-Pan-  
20 demie hat den sozialen, sozio-ökonomischen und sozialräumlichen Zusammenhang  
21 überdeutlich gemacht. Auch Menschen mit wenig Geld stehen notwendigen Verände-  
22 rungen oft kritisch gegenüber. Nicht nur, weil politisch über ihre Köpfe hinweg entschie-  
23 den wird, sondern auch, weil die Politik Vertrauen verspielt, indem sie vor allem auf  
24 Preise und das Wirken der unsichtbaren Hand des Marktes setzt. Klimaschutz und  
25 soziale Gerechtigkeit müssen miteinander verbunden sein. Dafür müssen politisch  
26 klare und gerechte Regeln gesetzt werden, aus denen sich niemand herauskaufen  
27 kann und die den Verursachungsanteil angemessen berücksichtigen.

28 Eine Politik, die Ökologie und Soziales verbindet, braucht Antworten auf die Fragen zu  
29 den notwendigen Grundgütern und Ressourcen. Dabei geht es auch um gesellschaft-  
30 liche Aushandlungsprozesse, was dies umfasst und wie es verteilt wird. Im Mittelpunkt  
31 dabei muss die Absicherung der Existenzgrundlage der nachfolgenden Generationen  
32 sowie die Verbesserung der Lebenssituation derjenigen mit geringem Einkommen und  
33 in prekären Lebenssituationen stehen.

34

## 35 **Global denken – lokal handeln**

36

37 Armut und Ausgrenzungen haben globale Ursachen. Die kapitalistisch organisierte  
38 Weltwirtschaft mit ihrer Orientierung an Profiten und ihrer Anhäufung von Kapital in  
39 den Händen weniger droht die Existenzgrundlage der Menschheit zu zerstören. Glo-  
40 bale Entwicklungen haben Auswirkungen auf die Sozialsysteme aller Länder. Die Kli-  
41 makatastrophe trifft zuerst die Menschen des globalen Südens und Menschen mit  
42 geringem Einkommen. Niedrige Entlohnung und Umweltzerstörung im Süden sowie  
43 Massenkonsum und Ressourcenverschwendung im Norden gehen Hand in Hand.  
44 Beide Lebensweisen widersprechen echten menschlichen Bedürfnissen. Vor allem  
45 der globale Norden muss Konsum und Produktion verändern, um unser Überleben  
46 zu sichern. Eine progressive Linke muss für Ressourcenverteilung kämpfen und  
47 dafür streiten, dass wir eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung darüber  
48 führen, was gutes Leben für alle auf unserem Planeten bedeutet. Bis dahin müssen  
49 wir Menschen, die vor Krieg und Umweltzerstörung fliehen, Existenz und Teilhabe er-  
50 möglichen.

51

## 52 **Was bedeutet staatliche Sozialpolitik im Hinblick auf eine progressive globale** 53 **Politik?**

54 a) Sozialpolitik muss Resilienzpolitik sein, also eine Politik, die durch infrastrukturelle  
55 Maßnahmen der Daseinsvorsorge gleichen Grundschutz für alle bietet.

56 b) Die Verfügbarkeit lebensnotwendiger Ressourcen und Güter muss (international)  
57 gleich gewährleistet sein.

58 c) Produktion, Erwerbsarbeitsbedingungen und Auftragsvergaben müssen ökologi-  
59 schen und sozialen Mindestkriterien genügen.

60 d) Die tiefgreifenden Umbrüche am Arbeitsmarkt, die die notwendige sozial-ökologi-  
61 sche Transformation unserer Wirtschaft zeitigen wird, müssen sozial-, arbeitsmarkt-  
62 und bildungspolitisch flankiert werden, damit Beschäftigte nicht zu Verlierer\*innen des  
63 Umbaus werden.

64 e) Der notwendige sozial-ökologische Umbau muss durch massive Investitionen in er-  
65 neuerbare Energien, klimafreundliche Produkte und Infrastrukturen unterstützt wer-  
66 den. Er darf nicht zu Lasten der Solidarsysteme gehen. Der gesellschaftliche Reichtum  
67 muss nach Bedarf verteilt werden. Die Profiteur\*innen der Klimakrise müssen zur Fi-  
68 nanzierung beitragen. Die Schuldenbremse muss abgeschafft werden.

69

70 Es ist zumutbar und gerecht, dass vor allem die Staaten des globalen Nordens, die

71 reichsten Menschen und die Konzerne für die Folgen der Klimakatastrophe aufkom-  
72 men. Diese tragen durch ihren entgrenzten Konsum und die Ausbeutung des globalen  
73 Südens am meisten dazu bei. Dem begegnet eine progressive Linke mit einer sozialen  
74 Klimapolitik der Ressourcenverteilung. Nur so lassen sich Regulierungsmaßnah-  
75 men und strukturelle Veränderungen umsetzen, um die Freiheit und die Erfüllung der  
76 Grundbedürfnisse zu sichern.

77

## 78 **Konzepte und Antworten entwickeln**

79 Eine ökologische Sozialpolitik der Ressourcenverteilung steht vor der Herausforde-  
80 rung, Konzepte und Antworten auf sich regulatorisch aufdrängende Fragen zu entwi-  
81 ckeln. Klimakatastrophenfeste Sozialpolitik muss zwangsläufig konkrete Antworten auf  
82 Fragen finden, die sich unter anderem bereits im Rahmen der Energiekrise gestellt  
83 haben:

- 84 • Was sind lebenswichtige Grundgüter, deren Vernichtung oder Einschränkung  
85 durch die Klimakatastrophe droht?
- 86 • Wer erhält in welchem Umfang ein kostengünstiges Grundkontingent an lebens-  
87 wichtigen Gütern wie z.B. Wasser, Wärme, Energie, Lebensmittel?
- 88 • Was sind Kriterien für ökologische und soziale Mindeststandards bei Produktion  
89 und Erwerbsarbeit?
- 90 • Ist eine „Ausgleichsabgabe“ für ein die Klimakatastrophe beförderndes Wirtschaften  
91 eine angemessene Lösung und wie kann diese ggf. ausgestaltet werden?
- 92 • Wie kommen wir zu bezahlbarem und klimaneutralem Wohnraum für alle? Wel-  
93 cher Flächenverbrauch ist für welchen Personenkreis aus welchen Gründen an-  
94 gemessen?
- 95 • Wie können besonders vulnerable Menschen vor den Folgen der Klimakatastro-  
96 phe wie z. B. Hitze geschützt werden. Welche infrastrukturellen Maßnahmen im  
97 Gesundheitswesen wie im Städtebau sind dafür erforderlich?
- 98 • Wie kann der Wohnungsmangel behoben werden? Wo darf – wenn überhaupt –  
99 noch Flächenversiegelung stattfinden und wo Nachverdichtung?
- 100 • Wer hat welche Möglichkeiten, sich vor Hitze und Kälte zu schützen? Welche öf-  
101 fentlichen infrastrukturellen Angebote sind für Hitze- und Kälteschutz nötig? Wel-  
102 che gesetzlichen Rahmenbedingungen sind nötig, um Hitze- und Kälteschutz bei  
103 Neubau und Sanierung zu verankern?
- 104 • Welche Form von Mobilität wird wie gefördert und unterstützt?
- 105 • Wer soll in welchem Umfang zur Finanzierung der Kosten des strukturellen Um-  
106 baus wie herangezogen werden?

- 107 • Welche Alternativen werden Menschen angeboten, deren Erwerbsarbeitsplatz aus  
108 ökologischen Gründen absehbar keine Zukunft haben kann?

109 Eine LINKE, die als gesellschaftlich relevante Kraft die Gesellschaft gestalten will,  
110 muss stringente Antworten auf diese Fragen finden und Sozialpolitik als interdisziplinären  
111 Ansatz verstehen.

112

## 113 **Inklusive Ökologische Sozialpolitik**

114 **Das Leitbild** Ökologische Sozialpolitik ist eine Umverteilungs- und Klimapolitik, die zu  
115 mehr sozialer Gerechtigkeit und Solidarität führt, Freiheit als Freiheit von Bedrängung  
116 versteht und die individuelle Entfaltung auch künftiger Generationen sichert und den  
117 Ausbau von Demokratie und das Überleben unserer Zivilisation zum Ziel hat.

118 **Soziale Sicherungssysteme** müssen armutsfest sein. Jede\*r muss in der Lage sein,  
119 mit den Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen bezahlbare Grundkontin-  
120 gente an lebenswichtigen Gütern zu beziehen und angemessenen Wohnraum zu fin-  
121 den. Transferleistungen müssen gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Die Grundsicherung  
122 ist das unterste Netz und darf nicht, wie z. B. derzeit im Asylbewerberleistungsgesetz,  
123 unterschritten werden. Gleiches Recht für alle bedeutet auch, dass alle  
124 Menschen die gleichen Grundsicherungsleistungen erhalten. Soziale Sicherungssysteme  
125 müssen darüber hinaus der vielfältigen Realität heutigen Zusammenlebens gerecht  
126 werden. Neben dem klassischen Familienmodell gibt es mittlerweile vielfältige  
127 Formen des Zusammenlebens, auf die die derzeitigen Solidarsysteme keine oder nur  
128 unzureichende Antworten haben.

129 Eine armuts- und krisenfeste Sozial- und Klimapolitik muss den Anforderungen einer  
130 Einwanderungsgesellschaft entsprechen und die Unterschiedlichkeit der Menschen  
131 auf allen Ebenen berücksichtigen. Nur wenn Diversität, Inklusion und Partizipation als  
132 fester Bestandteil der Sozialpolitik einbezogen werden, wird die gesellschaftliche Teil-  
133 habe aller garantiert. Das ist auch die Voraussetzung, um allen Menschen Informationen,  
134 Beratung, Unterstützung und Beteiligung anzubieten.

## 135 **Soziale Gesundheitspolitik**

136 Nicht nur Armut macht krank sondern auch Diskriminierung und Ungleichheit. Gute  
137 soziale Verhältnisse, die Bekämpfung von Diskriminierung und ein aktiver Ausgleich  
138 von Reichtum und Armut werden die Gesundheit verbessern und die Lebenserwartung  
139 erhöhen. Sozialpolitik betrifft aber auch den Zugang zum Gesundheitswesen für alle.  
140 Der Zugang zum Gesundheitswesen für alle setzt nicht nur eine qualitativ gute medi-  
141 zinische und pflegerische, sondern auch eine gute haus- und fachärztliche Versorgung

142 voraus. Dazu gehören auch ausreichend finanzierte und gut erreichbare Krankenhäu-  
143 ser sowie eine Stärkung der öffentlichen Gesundheitsdienste. Dies ist insbesondere  
144 für Menschen mit geringen oder keinen finanziellen Mitteln von zentraler Bedeutung.  
145 Dazu zählen auch Illegalisierte, Geflüchtete oder Menschen ohne Krankenversiche-  
146 rung, denen heute der gleichberechtigte Zugang fehlt. Die Versorgung muss sich am  
147 Bedarf orientieren. In den Quartieren mit einer höheren Krankheitslast braucht es ne-  
148 ben infrastrukturellen und sozialen Maßnahmen auch den Ausbau der pflegerischen  
149 und medizinischen Versorgung

## 150 **Progressive Arbeits- und Wirtschaftspolitik**

151 Weitere Veränderungen zeichnen sich auch im Erwerbsleben der Menschen ab. Wir  
152 stehen mit der Digitalisierung sowie der Entwicklung von künstlicher Intelligenz weiter-  
153 hin mitten in umfassenden Transformationsprozessen. Arbeitsverhältnisse und Ar-  
154beitszeiten werden sich ebenso verändern wie Berufsbilder und deren Entlohnung.

155 Zudem müssen diese Veränderungen aktiv und demokratisch gestaltet werden. Das  
156 ist ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen, ökologischen und demokratischen Wirt-  
157 schaft, die die Frage nach dem, was gute Arbeit ist, positiv beantwortet. Gute Arbeit  
158 bedeutet, Absicherung der Existenz, Erhalt der Gesundheit und Berücksichtigung der  
159 individuellen Lebenssituation. Sie bedeutet auch, dass Beschäftigte und ihre Interes-  
160 senvertretungen selbst in die Transformationsprozesse und bei der Entwicklung einer  
161 ökologisch nachhaltigen Produktion einbezogen werden und mitbestimmen können.

## 162 **Sozialpolitische Orientierung des Strafrechts**

163 Ökologische Sozialpolitik umfasst auch die **Frage des Strafrechts**. Sozialpolitik ist die  
164 Grundlage dafür, dass Regelungen wie zur Beförderungserschleichung oder zum Con-  
165 tainern nicht einseitig diejenigen belasten, die wenig oder gar kein Einkommen haben.  
166 Zumal die Nutzung des ÖPNVs oder der Kampf gegen die Verschwendung von Le-  
167 bensmitteln auch klimabewusstes Handeln darstellen. Die Ersatzfreiheitsstrafe, also  
168 der Aufenthalt in einer Strafvollzugsanstalt wegen nichtbezahlter Geldstrafe, ist eine  
169 originär sozialpolitische Frage. Das Ziel muss die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe  
170 sein.

## 171 **Ja zur Wärmewende – aber sozial gerecht**

172 Der Wärme- und Gebäudebereich ist eine der größten Baustellen beim Klimaschutz  
173 in Deutschland und für fast 30 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwort-  
174 lich und hat bisher kaum zum Erreichen der Klimaziele beigetragen. Deshalb ist das  
175 Vorhaben der Bundesregierung grundsätzlich richtig, ab 2024 keine neuen Öl- und  
176 Gasheizungen mehr einzubauen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist aller-  
177 dings sozial unausgewogen und muss vor allem an folgenden Stellen nachgebessert  
178 werden: Der Austausch von Heizungen muss warmmietenneutral erfolgen, es

179 braucht eine nach Einkommensklassen gestaffelte progressive Förderung von Immo-  
180 bilienbesitzenden und das Gesetz muss eng mit dem Instrument der kommunalen  
181 Wärmeplanung verzahnt werden, um die ökologisch, sozial und ökonomisch beste  
182 Lösung für die Wärmewende zu finden.

183

## 184 **Was jetzt geschehen muss: Sozialpolitik für das Heute**

185 Sozialpolitik als Ressourcenumverteilungspolitik muss soziale, politische und kulturelle  
186 Benachteiligungen solidarisch thematisieren. Neben langfristigen Veränderungen wer-  
187 den auch **kurz- und mittelfristige Ansätze benötigt.**

- 188 • Kurzfristig sind die Regelsätze auf 725 Euro anzuheben. Mittelfristig sind Re-  
189 gelsätze in der Mindest- oder Grundsicherung von 1.200 Euro und eine Kinder-  
190 grundsicherung (gestaffelt nach Alter) von 520 bis 630 Euro einzuführen.
- 191 • Es ist ein bezahlbares/kostengünstiges Grundkontingent für Heizung, Wasser  
192 und Strom einzuführen. Ergänzend dazu braucht es einen Härtefallfonds.
- 193 • Die Kosten der Unterkunft inklusive Heizkosten müssen sich an den realen Kos-  
194 ten orientieren.
- 195 • Ein Klimageld muss schnellstmöglich eingeführt werden, mit dem insbesondere  
196 einkommensschwächere Bürger\*innen eine soziale Kompensation für den CO<sub>2</sub>-  
197 Preis in den Bereichen Wärme und Verkehr erhalten.
- 198 • Bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Pflege- oder Gesundheits-  
199 einrichtungen müssen die Erfahrungen aus der Pandemie berücksichtigt wer-  
200 den. Unterbringungen in Gemeinschaftseinrichtungen sollten, wo immer mög-  
201 lich, die Ausnahme bleiben. Pflege und Gesundheitseinrichtungen müssen Teil  
202 der öffentlichen Daseinsvorsorge sein und genügend Ressourcen für kom-  
203 mende oder drohende Krisen vorhalten. Entsprechende Konzepte und Finanzia-  
204 rungsgrundlagen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene sind nötig,  
205 auch um z. B. Träger bei dem Umbau in Richtung Wohnungs-Appartementstruk-  
206 tur zu unterstützen. Das beinhaltet Standards, die die Abstands- und Hygienere-  
207 gelungen ebenso berücksichtigen wie die Einhaltung von Privatsphäre.
- 208 • Es sind Kriterien für eine resiliente Sozialpolitik zu entwickeln und entspre-  
209 chende Rechtsgrundlagen und Förderprogramme zu schaffen. Es geht um inf-  
210 rastrukturelle Vorsorge im Hinblick auf die Auswirkungen der Klimakatastrophe.
- 211 • Verschiebungen am Arbeitsmarkt und Übergänge von Beschäftigten in neue Tä-  
212 tigkeiten, in andere Betriebe, Branchen oder Sektoren müssen staatlich unter-  
213 stützt und sozial abgesichert werden, z. B. durch Förderung von Qualifizierung.
- 214 • Instrumente zur Finanzierung des sozial-ökologischen Wandels müssen entwi-  
215 ckelt werden und dürfen nicht zu Lasten der Menschen mit wenig oder keinem

216 Einkommen gehen. Es ist über einen Klima-Soli und eine Klimaabgabe bei kli-  
217 maschädlicher Produktion nachzudenken. Menschen mit höherem Einkommen  
218 zahlen einen Solidarbeitrag für den sozial-ökologischen Umbau und für klima-  
219 schädliche Produktion muss eine Extra-Abgabe gezahlt werden.

220 • Ein weitgehender Versiegelungsstopp, die teilweise Entsiegelung bereits versie-  
221 gelter Flächen und die Festschreibung einer ökologischen Bauweise müssen  
222 verbindlich verankert werden.

223 • Öffentliche Aufträge müssen an soziale und auch an Kriterien im Hinblick auf  
224 Beiträge zur Klimaneutralität geknüpft werden.

225 • Wie die Versorgung mit Krankenhäusern muss auch die ambulante pflegerische  
226 und medizinische Versorgung Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge werden. Der  
227 Bedarf muss kleinräumig erfasst und mittels Primärversorgungszentren gedeckt  
228 werden. Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und sollten nicht der  
229 Gewinnerwirtschaftung dienen.

230

231

## 232 **Wir haben keine Zeit – nutzen wir sie**

233 In Zeiten, in denen die Folgen der Klimakatastrophe deutlich spürbar werden und  
234 gleichzeitig die Spaltung der Gesellschaften (und Öffentlichkeiten) immer auffälliger  
235 wird, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen vieler, um sozialen Zusammenhalt und  
236 damit auch die Demokratie zu erhalten. Dabei geht es insbesondere um Ressour-  
237 cenumverteilung. Eine LINKE, die als gesellschaftlich relevante Kraft in die Gestaltung  
238 der Gesellschaft eingreifen will, muss die bisherigen Konzepte updaten, um sie sozial-  
239 ökologisch anzupassen, Klimaneutralität zu erreichen und für Resilienz vor Klimafol-  
240 geschäden zu modernisieren.

241 Dies alles stellt neue Herausforderungen an eine Sozialpolitik, die armuts- und krisen-  
242 fest ebenso sein muss, wie sie die Existenz und Teilhabe aller Menschen in einer Mig-  
243 rationsgesellschaft absichert und die Vielfalt der heutigen Lebensformen berücksich-  
244 tigt.

245

246 Einstimmig beschlossen auf dem Treffen des Netzwerks Progressive Linke, am 3. Juni  
247 2023 in Berlin